

Auch Personen ohne Wahlchancen haben legitime Gründe für ihre Kandidatur als Stadtrat **SEITE 19**

Ein Produzent setzt sich im Kantonsrat persönlich für eine Initiative zur Filmförderung ein – vergeblich **SEITE 20**

«Die reine Zahl ist mir gar nicht so wichtig»

Stefan Mühlemann will den Zürcher Stadtrat von 9 auf 7 Mitglieder reduzieren – mit seiner Initiative verfolgt er aber ein höheres Ziel

Herr Mühlemann, Sie sind der Kopf hinter «7 statt 9». Bis jetzt agierten Sie aus dem Hintergrund. Wieso?

Mir ist bewusst, dass man diese Initiative nicht klandestin gewinnen kann. Aber grundsätzlich soll es nicht um meine Person gehen, sondern um die Sache.

Sie sind parteiunabhängig, arbeiten als Finanzchef in einem Gastrounternehmen. Warum engagieren Sie sich ausgerechnet für dieses Thema?

Mir liegt es am Herzen, dass die Stadt Zürich weiter investieren kann – und nicht plötzlich planlos sparen muss. Die zusätzlichen Investitionen müssen aber finanziert werden können. Ansprüche zu stellen, ist immer einfach, und Begehrlichkeiten gibt es viele. Wenn sich die Stadtverwaltung effizienter aufstellt, dann hat sie mehr Schlagkraft, und es werden zusätzliche Mittel frei. Grosse Organisationen – sei es in der Privatwirtschaft oder im Staatswesen – neigen dazu, schwerfällig zu werden. Darum drängt es sich auf, die bestehenden Abläufe periodisch zu überprüfen. In Zürich ist die Zeit reif dafür.

Trotzdem gäbe es andere Themen, mit denen sich ein parteiloser Einzelkämpfer wie Sie abmühen könnte.

Die Idee hinter «7 statt 9» ist ja nicht neu. Es wurden schon zahlreiche ähnliche Versuche unternommen – von ganz unterschiedlichen Gruppierungen. Bis jetzt scheiterten aber alle. Gerade auch weil die Frage immer parteipolitisch aufgeladen war. Als Unabhängiger bin ich unverdächtig. Ich verfolge keine Eigeninteressen irgendwelcher Art.

Sie sind also keine Marionette der FDP?

(lacht) Beim besten Willen nicht. Gesellschafts- und wirtschaftspolitisch bin ich sicher sehr liberal. Aber eine funktionierende und prosperierende Gesellschaft braucht soziale Auffangnetze. Das ist meine feste Überzeugung. In unseren Breitengraden wird diese Haltung gemeinhin als «linksliberal» etikettiert.

Im Wahlkampf pachteten die bürgerlichen Parteien SVP, FDP und CVP sowie die GLP Ihre Idee. Nützt oder schadet das Ihrem Anliegen?

Ich spüre grosse Sympathien quer durch alle Parteien für das Kernanliegen von «7 statt 9», nämlich für eine kluge Reorganisation der Verwaltung. Das habe ich bei der Unterschriftensammlung gemerkt, aber auch bei der Vorberatung in der zuständigen Kommission im Stadtparlament. Grundsätzlich freue ich mich über jede Art von Unterstützung.

Die linken Parteien, zuvorderst die mächtige SP, lehnen Ihre Initiative aber klar ab und sprechen – etwas umständlich – von einem «demokratierechtlichen Wolf im Schafspelz».

«Gut gebrüllt, Löwe», kann ich da nur sagen. Rechnet man genau, dann wären bei den letzten fünf Stadtratswahlen nur einmal mehr Parteien in einem Gremium mit 9 Mitgliedern vertreten gewesen, als wenn der Stadtrat bereits nur aus 7 Mitgliedern bestanden hätte. Das Argument der demokratisch besseren Legitimation ist damit haltlos. Kommt hinzu, dass Stadtratswahlen ohnehin Personenwahlen sind. Dass ausgerechnet die SP dieses Argument vorbringt, halte ich zudem für widersprüchlich. Sie kämpfte letztes Jahr zusammen mit FDP und SVP an vorderster Front gegen die Initiative, welche die sogenannte 5-Prozent-Hürde für das Stadtparlament abschaffen wollte. Damit hätten kleine Parteien eine grössere Chance gehabt, gewählt zu werden. Dadurch wäre die Repräsentation im Demokratiebetrieb wesentlich stärker gefördert worden als mit 9 Stadträten.



Wünscht sich eine effizientere Verwaltung für Zürich: Stefan Mühlemann. KARIN HOFER / NZZ

Geht es der SP um Machterhalt?

Ich hoffe es nicht. Eine effiziente Verwaltung müsste eigentlich im Interesse aller sein. Die CVP und die GLP, die über einen wesentlich kleineren Wähleranteil als die SP verfügen, unterstützen die Initiative ja explizit.

Sie sprechen ständig von einer Verwaltungsreform. Liest man Ihren Initiativtext, ist dort aber lediglich von einer Reduktion der Stadtratsmitglieder von 9 auf 7 die Rede. Damit allein wäre noch nicht viel reformiert.

Als unabhängige Einzelmaske habe ich keinen anderen Hebel als den einer Volksinitiative, die nur auf die Gemeindeordnung zielen kann. Ich darf dem Stadtrat nicht vorschreiben, wie er die Verwaltung konkret organisieren soll. Dies liegt allein in seiner Kompetenz. Wird die Initiative aber angenommen, ist

dies ein klarer Auftrag, eine umfassende Reform in die Wege zu leiten. Die Initiative gewährt dazu eine grosszügige Frist bis 2022. Der Stadtrat schreibt in seiner ablehnenden Weisung selber, dass die Umsetzung von «7 statt 9» einen grossen Aufwand mit sich bringen würde. Auch für ihn ist also klar, dass es nicht damit getan wäre, einfach zwei Stadtratbüros zu schliessen.

Ist der Leidensdruck für eine Reform gross genug? Zürich geht es gut. Unsere Verwaltung wirkt nicht besonders träge. Von sowjetisch-bürokratischen Zuständen sind wir weit entfernt.

Richtig, Zürich geht es gut. Doch das Bessere ist der Feind des Guten. Die Stadt ist in den letzten Jahren enorm gewachsen – und mit ihr die Aufgaben für die Verwaltung. Diese Entwicklung wird sich in Zukunft verschärfen. Eine Ver-

waltungsreform kann finanzielle Mittel freispielen oder zumindest das Stellenwachstum bremsen.

Aber doch nicht in den Schulen, den Spitälern und Altersheimen. Dort wird es künftig mehr Personal brauchen – Verwaltungsreform hin oder her.

In den letzten beiden Legislaturperioden ist die Bevölkerung in der Stadt Zürich um 9 Prozent gewachsen, die Vollzeitstellen in der Gesamtverwaltung jedoch um 13 Prozent und jene der Kaderstellen um 22 Prozent. Letztere sind jene Stellen, welche den öffentlichen Haushalt besonders stark belasten. Ich sehe da also durchaus Potenzial für mehr Effizienz. Sie kennen Parkinson's Law?

Erklären Sie es uns bitte.

Das Parkinsonsche Gesetz des Bürokratiewachstums, aufgestellt durch den britischen Soziologen C. Northcote Parkinson, Mitte des 20. Jahrhunderts: Arbeit dehnt sich exakt in dem Masse aus, wie Zeit für ihre Erledigung zur Verfügung steht. Diese halbironisch formulierte Gesetzmässigkeit lässt sich in der Privatwirtschaft, aber eben auch in der öffentlichen Verwaltung beobachten. Darum ist es wichtig, dass man historisch gewachsene Strukturen regelmässig hinterfragt.

Ganz nah dran war man in Zürich 2003. Damals legte der Stadtrat unter Präsident Elmar Ledergerber (sp.) eine grossangelegte Reorganisation vor, die vom Parlament versenkt wurde. Wie sehr haben Sie sich davon inspirieren lassen? Mein Vorschlag orientiert sich stark an der Weisung des rot-grünen Stadtrats von damals. Mit Elmar Ledergerber stand ich inlosem Kontakt.

Er hat Ihnen bei der Ausformulierung aber nicht den Kugelschreiber gehalten? (lacht) Nein. Der Text stammt von mir. Aber ich habe Herrn Ledergerber vor der Lancierung kontaktiert. Ich wollte schliesslich nicht als Plagiator dastehen. Interessant ist übrigens, dass die SVP 2003 gegen den Vorschlag war. Heute ist sie dafür. Daran sieht man, wie volatil die Haltungen in dieser Frage sind.

Wie stellen Sie sich denn konkret eine schlankere Verwaltung mit nur noch 7 Departementen vor?

Es braucht eine sachlogische Gliederung mit möglichst wenigen Doppelspurigkeiten und klaren Verantwortlichkeiten. Die fortschreitende Digitalisierung kann in diesem Prozess helfen. Wie die Departemente am Ende heissen, ist sekundär. Die Verwaltung selber weiss am besten, welche Aufteilung am meisten Sinn ergibt.

Die Frösche sollen also selber den Stumpf austrocknen?

Ich habe volles Vertrauen in unsere Behörden, dass sie dies seriös und ziel führend angehen werden. Zudem schlage ich vor, dass der Reformprozess von einer Fachperson, die über der Sache steht, geleitet werden soll.

Wo sehen Sie denn vor allem Doppelspurigkeiten, die ausgemerzt werden müssten?

Da gibt es eine ganze Reihe. Als Beispiele wären zu nennen: die Energieplanung, die Stadtplanung, die Integration, die Grossthemen Wohnen, Gesundheit, Verkehr und so weiter und so fort. Heute sind diese Themen auf zwei und mehr Departemente und zahlreiche Dienstabteilungen verteilt. Es wäre allen geholfen, wenn die Zuständigkeiten klarer und einfacher geregelt wären. Das ist letztlich der Punkt, weshalb auch SP, Grüne und AL das Anliegen einer effizienten Verwaltung unterstützen.

Mit dem Nachteil, dass die politische Kontrolle der Verwaltung mit nur noch 7 statt 9 Stadträten eingeschränkt würde. Entscheidend sind die Personen, die gewählt werden. Sie müssen die nötigen Führungskompetenzen besitzen, um sich auch gegen starke Verwaltungsangestellte zu behaupten und eine klare Linie vorzugeben. Die Affäre Pauli bei Entsorgung und Recycling Zürich (ERZ) zeigt, dass 9 Stadträte auch keine Garantie sind, dass solche Verfehlungen nicht geschehen. Ich bin sicher: Mit einer schlankeren Verwaltung und klareren Dienstwegen wäre die politische Kontrolle besser gewährleistet als heute.

Am Mittwoch wird «7 statt 9» im Stadtparlament verhandelt. Was braucht es, damit Sie Ihre Initiative zurückziehen? Das steht nicht zur Debatte. Die Initiative muss als Druckmittel aufrechterhalten bleiben. Die Stimmbewölkerung soll über diese Frage entscheiden. Es ist doch erstaunlich, wie viel dieses Begehren schon heute erreicht hat. Plötzlich ist Bewegung in die Sache gekommen, während zuvor jahrelang Stillstand herrschte.

Die linken Parteien wollen nun ein Postulat einreichen, das eine allgemeine

«Die Affäre Pauli bei Entsorgung und Recycling Zürich zeigt, dass 9 Stadträte keine Garantie dafür sind, dass solche Verfehlungen nicht geschehen.»

Verwaltungsreform anregt. Das müsste doch genau in Ihrem Sinn sein.

Jein. Ein Postulat ist ein schwaches parlamentarisches Mittel. Es ist unsicher, was daraus entsteht. Aber wenn dieser Vorstoss etwas erreicht, bin ich natürlich froh darum. Dann wäre die Reduktion der Stadtratsmitglieder am Ende vielleicht nur noch ein Vollzug. Das eigentliche Ziel wäre bereits erreicht.

Andere grössere Schweizer Städte wie etwa Bern werden heute schon von nur 5 Regierungsmitgliedern geleitet. Folgt nach der «7 statt 9»- die «5 statt 7»-Initiative?

(lacht) Nein, nein. Die reine Zahl der Stadträte ist mir, wie gesagt, gar nicht so wichtig. Entscheidend ist, dass die Verwaltungsreform angegangen wird. Nur noch 5 Stadträte wäre ein zu extremes Ziel. Das brächte zum jetzigen Zeitpunkt nichts.

Sehen Sie sonstigen Reformbedarf? Vorerst nicht, nein. Ich werkle jedenfalls nicht an einer neuen Initiative herum. «7 statt 9» ist eine genügend grosse Kiste neben Familie und Beruf.

Aber haben Sie weitere politische Ambitionen?

Ich bin ein Polit-Enthusiast und werde mich auch in Zukunft gerne einbringen. In welcher Form, weiss ich aber noch nicht. Die Arbeit an der Initiative hat mir gezeigt, was man in der Schweiz als Einzelperson alles bewirken kann.

Dann werden wir Sie in vier Jahren vielleicht auf einer Wahlliste einer Partei sehen?

Wer weiss. Ich schliesse es nicht aus. Aber geplant ist bis jetzt auf alle Fälle nichts.

Interview: Daniel Fritzsche

Sympathien quer durch alle Parteien

dfr. · Stefan Mühlemann ist ein Einzelkämpfer. In Zürich ist er politisch bisher nicht aufgefallen. Mit seiner «7 statt 9»-Initiative ändert sich das schlagartig. Der Ökonom Mühlemann will den neunköpfigen Stadtrat auf sieben Mitglieder verkleinern und damit eine Verwaltungsreform anstossen. Praktisch im Alleingang hat er über 3000 Unterschriften für das Anliegen gesammelt. Am Mittwoch wird seine Initiative im Zürcher Stadtparlament beraten. Weil SVP, FDP, CVP und GLP dafür sind, sollte es für eine knappe Mehrheit reichen.

Aber auch im linken Parteienspektrum gibt es Sympathien für die Idee hinter «7 statt 9». Die AL will die Initia-

tive an die vorberatende Kommission zurückweisen. Der Stadtrat soll ein Konzept für eine tiefgreifende Verwaltungsreform ausarbeiten. Die AL fordert unter anderem, die Anzahl der Dienstabteilungen um satte 20 Prozent zu reduzieren, also von heute 57 auf rund 45. In Zukunft dürfe nur noch eine Verwaltungsabteilung für ein Thema verantwortlich sein, findet die AL. Gemeinsam mit SP und Grünen werden die Alternativen zusätzlich ein Postulat einreichen, das eine generelle Überprüfung der historisch gewachsenen Verwaltungsstrukturen vorsieht. Stefan Mühlemann wird die Beratung im Rathaus von der Tribüne aus gespannt mitverfolgen.